

1   **Antrag A4**

2   Antragsteller:

3

4   **Landesvorstand**

5

6

7

8

9

10

11

12   **„Unternehmensnachfolge sichern –  
13   Verschonungsregeln für Betriebsvermögen erhalten  
14   und modernisieren“**

15

16   Die MIT NRW fordert die **Landesregierung Nordrhein-Westfalens** auf, sich im  
17   Bundesrat dafür einzusetzen und fordert zugleich die CDU auf sich\_dafür  
18   einzusetzen, dass die steuerlichen Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen  
19   im Rahmen der Erbschaft- und Schenkungsteuer erhalten, modernisiert und  
20   mittelstandsfreundlich weiterentwickelt werden, insbesondere im Hinblick auf  
21   praxistaugliche, planungssichere und nachfolgefähige Rahmenbedingungen für  
22   kleine und mittlere Unternehmen.

23

24   Ziel ist es, Unternehmensnachfolgen in NRW zu erleichtern, Arbeitsplätze zu sichern  
25   und Familienunternehmen vor struktureller Überlastung zu schützen.

26

27   Die MIT NRW fordert:

- 28   1. Verschonungsregelungen in §§ 13a–13c ErbStG zu erhalten
- 29   2. Bewertungssystematik KMU-gerecht anzupassen
- 30   3. Lohnsummenregelung & Nachweispflichten zu vereinfachen
- 31   4. NRW soll Einfluss im Bundesrat aktiv nutzen
- 32   5. Planungssicherheit für Familienunternehmen stärken

33

34   **Begründung**

35

36   NRW ist in besonderem Maße vom Mittelstand geprägt. Über 90% aller  
37   Unternehmen sind familiengeführt oder mittelständisch organisiert. Diese Betriebe  
38   sichern einen Großteil der Arbeitsplätze, stellen einen erheblichen Anteil der  
39   Ausbildungsplätze und sind tragende Säulen der regionalen Wertschöpfung. In den  
40   kommenden Jahren steht eine Vielzahl dieser Unternehmen vor einem  
41   Generationswechsel. Das Gelingen dieser Unternehmensnachfolgen ist  
42   entscheidend für die wirtschaftliche Stabilität und Zukunftsfähigkeit des Landes.

43

44   Die bestehenden Verschonungsregelungen bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer  
45   sind ein zentrales Instrument, um Unternehmensnachfolgen ohne  
46   existenzgefährdende Liquiditätsabflüsse zu ermöglichen. Sie verhindern, dass  
47   Betriebe im Zuge der Übergabe gezwungen sind, Investitionen zurückzufahren,  
48   Arbeitsplätze abzubauen oder Unternehmensanteile zu veräußern. Gerade für

49 familiengeführte Betriebe ohne Zugang zu großen Kapitalmärkten ist dies von  
50 elementarer Bedeutung.  
51  
52 Gleichzeitig zeigt die Praxis, dass die derzeitige Ausgestaltung der Regelungen für  
53 kleine und mittlere Unternehmen zunehmend an ihre Grenzen stößt. Die steuerliche  
54 Bewertung von Unternehmen bildet die tatsächliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit  
55 vieler KMU nur unzureichend ab und führt zu Belastungen, die häufig nicht aus der  
56 laufenden Liquidität getragen werden können. Auch die Lohnsummenregelung sowie  
57 umfangreiche Nachweispflichten treffen kleinere Betriebe überproportional und  
58 schaffen Unsicherheit statt Verlässlichkeit.  
59  
60 Hinzu kommt, dass auch schrumpfende Betriebe durch starre steuerliche Verfahren  
61 erheblich belastet werden. Langfristige Verpflichtungen, etwa aus betrieblichen  
62 Vorsorgemodellen, können dazu führen, dass Unternehmensverkäufe oder  
63 Nachfolgelösungen praktisch nicht mehr möglich sind. Häufig bleibt dann nur der  
64 Verkauf einzelner Betriebsteile, während die ursprüngliche Gesellschaft ohne  
65 wirtschaftliche Perspektive fortbesteht. Für die bisherigen Eigentümer bedeutet dies  
66 über Jahre hinweg laufende Kosten sowie fortbestehende Haftungs-, Garantie- und  
67 Gewährleistungspflichten.  
68  
69 Eine mittelstandsfreundliche Weiterentwicklung der Verschonungsregelungen ist  
70 daher erforderlich, um sowohl wachsende als auch sich verändernde oder  
71 verkleinernde Betriebe realitätsnah zu berücksichtigen. Ziel muss es sein,  
72 Unternehmensnachfolgen zu ermöglichen, Arbeitsplätze zu sichern und wirtschaftlich  
73 sinnvolle Übergaben nicht durch unnötige Bürokratie oder starre Vorgaben zu  
74 verhindern.  
75  
76 Ziel der vorgeschlagenen Weiterentwicklung ist es, die bestehenden  
77 Verschonungsregelungen für Betriebsvermögen im Erbschaft- und  
78 Schenkungssteuerrecht so auszustalten, dass sie unter realen unternehmerischen  
79 Bedingungen wirksam greifen und Unternehmensnachfolgen nicht durch strukturelle  
80 oder verfahrensbedingte Hemmnisse faktisch verhindert werden.  
81  
82 **Votum der Antragskommission:**  
83 Annahme